

Galle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1914. Nr. 132.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 207.

Wesungsbreite für Galle und Kerze 2,50 RTL, durch die Zeit bezogen 3 RTL für das Vierteljahr. Die Galle'sche Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. — Gratis-Belagen: Galle'scher Kurier (tägl. Beilagen), 24. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Samml. Mitteilungen, Illustrierte Wochenblätter, Galle'sche Broschürenblätter, Kinderbeilage (für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die (abgespaltene) Kolonnenzeile oder deren Raum für Galle und den Kreislauf 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. — Werben am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Galle (Saxe) und bei allen bekannten Anzeigenexpeditionen.

Verlagsstelle in Galle (Saxe): Leipziger Straße Nr. 61/2
Telefon 8108 u. 8109; Redaktionsnummer 8110
Galle'sche Druckerei Dr. Bruns-Indring Galle (Saxe).

Donnerstag, 19. März 1914.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30
Telefon Amt Kurirtel Nr. 6290.
Druck und Verlag von Otto Galle, Galle (Saxe).

Ausländische Arbeiter in Deutschland.

Aus Anlaß russischer Zeitungsartikel, in denen darauf aufmerksam gemacht wurde, daß bei den künftigen Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Rußland seitens des letzteren die Freieinfuhr von deutschen Arbeitern nach Deutschland und die Einführung eines russischen Zolls auf die Einfuhr von deutschen Wagnen in Aussicht genommen werden müßte, berichtigte die Handelskammer in Moskau auf Grund des Oberpräsidenten folgendes:

Nach dem Bericht der deutschen Arbeiter-Zentrale wurden von dieser 1912/13 411 706 ausländische Arbeiter für die Landwirtschaft und 355 509 ausländische Arbeiter für die Industrie, zusammen also 767 215 Arbeiter legitimiert. Die Zahl der außerdem aus dem Ausland nach Deutschland eingewanderten Saisonarbeiter dürfte nicht groß sein. Von den 767 215 Arbeitern fanden also 53,7 Prozent Arbeiter in der Landwirtschaft Verwendung. Von den 411 706 landwirtschaftlichen Arbeitern stammten 279 833 aus Rußland, 116 974 aus Oesterreich und 14 899 aus sonstigen Ländern. Von den landwirtschaftlichen Arbeitern stammten also 66 Prozent aus Rußland. Daraus geht hervor, welche Bedeutung die Einwanderung landwirtschaftlicher Saisonarbeiter aus Rußland für die deutsche Landwirtschaft hat, und wie groß der Schaden sein würde, wenn durch Maßregeln der russischen Regierung die Auswanderung landwirtschaftlicher Saisonarbeiter aus Rußland nach Deutschland zum Teil oder ganz unterbunden werden würde. Wie oben ausgeführt, haben 355 509 ausländische Arbeiter in der Industrie Beschäftigung gefunden. Von diesen Arbeitern stammten nur 37 297 aus Rußland, die übrigen im wesentlichen aus Oesterreich-Ungarn, Italien, Holland und Belgien. Es ergibt sich daraus, daß bei einem Ausfuhrverbot von Arbeitskräften aus Rußland die deutsche Industrie nur wenig leiden würde. Es ist aber fraglos, daß die russischen landwirtschaftlichen Wanderarbeiter vorwiegend auf den großen Gütern, die neben Zuckerrübenbau hauptsächlich Körnerproduktion betreiben, Arbeit finden. Demgemäß ist die deutsche Landwirtschaft abhängig von der Einwanderung landwirtschaftlicher Arbeiter aus Rußland. Der deutsche Körnerbau hat für Rußland ein besonderes Interesse, wenn eine wesentliche Ausfuhr von deutschem Getreide nach Rußland stattfindet. Dies ist in bezug auf Roggen unzweifelhaft der Fall.

Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 18. März 1914.

Am Regierungstische: Eisenbahnminister v. Breitenbach, Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwis eröffnete die Sitzung um 11 1/2 Uhr mit folgender Ansprache: Meine Herren! Wie Ihnen schon bekannt geworden sein wird, ist aus Braunschweig die Nachricht eingetroffen, daß die einzige Tochter unseres Kaiserpaars, Prinzessin Viktoria Luise von Preußen, Herzogin von Braunschweig und Lüneburg, heute gegen 5 Uhr von einem Prinzen glücklich entbunden worden ist. Das Befinden der hohen Mutter und des erkrankenen Prinzen ist nach amtlicher Mitteilung das denkbar günstigste. Ich nehme an, daß das Haus den Wunsch haben wird, aus Anlaß dieses freudigen Ereignisses Seiner Majestät dem Kaiser und Ihrer Majestät der Kaiserin, sowie dem Herzog und der Herzogin von Braunschweig unsere Glückwünsche darzubringen (lebhaftes Zustimmung) und erbitte für mich die Ermächtigung, das in geeigneter Weise zu tun. (Wiederholte allseitige Zustimmung.) Ein Wiederbruch erfolgt nicht, ich werde danach verfahren. Darauf setzte das Haus die Spezialberatung des Eisenbahnbauauschusses.

bei den dauernden Ausgaben fort.
Eisenbahnminister v. Breitenbach: Die Regierung ist leider nicht in der Lage, die Einrichtung einer neuen Eisenbahndirektion in Düsseldorf vorzunehmen. Die Eisenbahndirektionen Köln, Elberfeld und Essen sind durchaus in der Lage, den Verkehrsbedürfnissen der dortigen Gegend Rechnung zu tragen. Wir haben insofern auch diese drei großen Behörden des Westens besser zusammenschließen und hierfür Sorge treffen, daß sie einheitlich operieren. Der Eisenbahnbauauschuss ist seitens des Hrn. Reichs die Anerkennung zu teil geworden, daß ihre Maßnahmen im Interesse der Arbeiterfrage von sozialer Verfassung getragen werden. Wir freuen uns dieser Anerkennung. Die neue Lohnordnung ist allgemein als ein großer Fortschritt anerkannt worden.

auch von den Vertretern der Arbeiterfrage. (Der Präsident bittet wiederholt dringend um Ruhe. Er erlaubt diejenigen Herren, die Privatgespräche führen, dies entweder leise zu tun oder außerhalb des Saales. Beifall rechts.) Die Klagen der Berufstätigen richteten sich dahin, daß ihnen beim Übergang in Beamtenstellungen keine Einkommensverbesserung zu teil wird. Ich möchte mitteilen, daß bereits in diesem Jahre die Ausgleichsklagen für diesen Zweck erhöht werden. (Beifall.) Wir haben im Laufe der letzten 10 Jahre die Löhne der Arbeiter um 30 Prozent, die der Oberbauarbeiter aber um 38 Prozent erhöht. Die Arbeiterverbände und Fachverbände der Beamten werden von uns gern gehört. Wenn sich jedoch Arbeiter anderen Gruppen anschließen, die unserer Verwaltung nicht angeschlossen, so haben wir keine Veranlassung, mit diesen Verbänden zusammenzuarbeiten. Ich denke nicht daran, diese Anträge zu ändern. (Beifall rechts.) Was die

Schaffung eines Staatsarbeiterrechts betrifft, so geht das Verlangen auf Bindung der Verwaltung bezüglich ihres Verhältnisses zur Arbeiterfrage. Die Verwaltung vermag in keiner Weise anzuerkennen, daß eine Notwendigkeit für ein solches Ausnahmeregime für die Staatsarbeiter und für die Staatsverwaltung besteht. Die beteiligten Kreise sind in eine einseitige Beratung der Sache eingetreten und haben ihre Auffassung unter Angabe der Gründe dem Bundesrat in einer Erklärung vorgelegt.

Der Minister verlas sodann die Bundesrat vorgetragene Erklärung, in der es u. a. heißt: Das Arbeitsverhältnis beruht im Gegensatz zum Beamtenverhältnis auf privatrechtlicher Grundlage. Es ist unzutreffend, daß die Staatsarbeiter ungünstiger gestellt seien, als die Privatarbeiter. Das gerade Gegenteil ist der Fall, und zwar auch bezüglich derjenigen Staatsarbeiter, welche nicht unter die Generalearordnung fallen. Aus der Nichtanwendung der Generalearordnung ist deshalb ein Grund für die Schaffung eines Staatsarbeiterrechts nicht hergeleitet zu werden. Was aus der Tatsache, daß die gemeinsame Arbeitseinführung in den Staatsbetrieben nicht zugelassen werden kann, wo dies zu einer Unterbindung der für die Gesamtheit des Volkes und seine Wohlfahrt notwendigen Arbeitsbedingungen führen würde, läßt sich ein Grund für die gesetzliche Regelung des Arbeitsverhältnisses nicht herleiten. Vornehmlich der Staat muß sich, ebenso wie das jedem Privatunternehmer zusteht, das Recht vorbehalten, die Annahme und Beschäftigung von Arbeitern davon abhängig zu machen, daß sie feinen ordnungsgemäßen Bedingungen zu entsprechen und nicht Verbänden angehören, von denen die Annahme gesetzlich verboten ist, daß sie durch ihre Betreibungen und ihr Auftreten zu einer Gefährdung der ungetriebenen Aufrechterhaltung der Staatsbetriebe und damit zu einer schweren Schädigung der Volkswohlfahrt führen würden. Die Regelung der Rechtsverhältnisse zwischen Staat und Staatsarbeitern ist der Entscheidung der Bundesversammlung vorbehalten, die in gleicher Weise, wie dies der Natur der Sache nach beim Beamtenrechte gegeben ist, den Bundesstaaten überlassen bleiben.

Der Minister schloß seine Rede sodann mit den Worten: Wir haben den Arbeitern durch die neue Lohnordnung mit ihren grundlegenden Bestimmungen eine Sicherung ihrer Existenz geschaffen, wie sie Privatarbeiter nicht haben; wir schaffen Wohlfahrtsmaßnahmen, wie sie nur von wenigen großen Betrieben geschaffen worden sind; auch kann unsere Arbeiterfrage in Beamtenstellungen aufräumen. Daraus darf man wohl den Schluss ziehen, daß eine besondere Nachhilfe durch die Schaffung eines gesetzlichen Arbeiterrechts nicht erforderlich ist. (Beifall.)
Hr. Reinert (Soz.): Die Zahl der neuerschaffenen etatsmäßigen Unterbeamtenstellen, in die Arbeiter aufrücken können, ist viel zu gering. Den berechtigten Ansprüchen entspricht die Neuregelung der Arbeiterfrage noch keineswegs. Gewiß sind in der Lohnordnung auch manche anerkenntmerwürdige Änderungen in Bezug auf die Nacharbeit und die Ruhezeit vorhanden. Wir halten es für durchaus richtig, wenn das Staatsarbeiterrecht nicht im Abgeordnetenhaus für einen einzelnen Staat, sondern für das Reich geschaffen wird.

Präsident Dr. Graf von Schwerin-Löwis: Es ist der allgemeine Wunsch, heute die Beratung des Eisenbahnbauauschusses zu Ende zu führen. Das ist mir möglich, wenn die folgenden Redner sich auf das unbedingt notwendige Maß beschränken.

Hr. Schmitz-Cong (Hr.): Die Löhne sind stetig gestiegen, die Lohnpolitik der Eisenbahnverwaltung verdient Anerkennung. Auch die Wohnnachsorge der Verwaltung ist anzuerkennen, sie muß noch auf das letzte Land mehr ausgedehnt werden. Das Vereinigungsrecht der nationalen Staatsangehörigen bedarf ebenfalls einer Sicherung. Ich erkenne an, daß der Eisenbahnminister bisher unsere Wünsche wohlwollend geprüft hat; möge dies auch in Zukunft gelte. (Beifall im Zentrum.)

Hr. Dr. Göttschall-Solmann (Hr.): Einem Beamten in Preußen ist jede schriftstellerische Tätigkeit, die für die Öffentlichkeit bestimmt ist, unterlag worden. Im ganzen stellt sich ja unsere Eisenbahnverwaltung als ein vorzüglicher Apparat dar. Was mich vom Chef der Ver-

waltung alle Anerkennung sollen, und ebenso dem großen Beamtenheer, das ihm unterliegt. Wir besonnen zu hören, deren immer wieder Klagen von den Beamten zu hören, deren Dinge als Abgeordnete auf ihre Berechtigung nicht nachprüfen können. Ich glaube, die Verwaltung kann durch gute Grundfälle bei der Behandlung ihrer Arbeiter auch ohne Schaffung eines gesetzlichen Arbeiterrechts den Arbeitern gerecht werden. (Beifall.)

Minister von Breitenbach: Die schriftstellerische Tätigkeit darf einen Beamten nicht so in Anspruch nehmen, daß sein Amt darunter leidet. Die Wichtigkeit der Reform des Arbeitsverhältnisses ist zu erkennen ist nicht. Ich bin aber nicht in der Lage, heute schon einen Entschluß bekannt zu machen. Die Ausführungen des Abgeordneten Reinert waren von der Mäßigkeit getragen, es so darzustellen, als streue die Verwaltung mit jeder Maßregel den Arbeitern Sand in die Augen. Unsere Maßnahmen werden aber von dem ganzen Personal anerkannt. Die ganze Staatsarbeiterfrage ist durch Vertrag in ihrer Stellung gesichert. Unsere Bestimmungen und unsere Lohnordnung sind die Grundlagende des Vertrages. Es muß unter Bestreben sein und bleiben, daß der Rest und die Unterordnung nicht verletzt werden dürfen. Der Abgeordnete Reinert beschränkte, daß auf Grund des Statutrechts der Beamten- und Arbeiterverbände der vorläufigen Staatsseifenbahnen als schwere Beleidigung empfunden werden wird. (Sehr richtig rechts.) Ich hoffe, daß die Beamten der preussischen Staatsseifenbahnen sich dieses merken werden. (Beifall rechts.)

Hr. Dr. v. Kries (Hr.): Mit der Stellungnahme des Ministers gegenüber der Forderung eines Staatsarbeiterrechts sind wir einverstanden. Die Staatsarbeiter stehen sich zudem vielfach ungleich besser und günstiger als in anderen Betrieben.

Hr. Dr. König (Hr.): Der Minister hat ein erlösendes Wort gesprochen, indem er die Beschuldigungen der deutschen Staatsarbeiter als energetisch zurückwies. (Beifall rechts.) Das hat selbst auf den Hrn. Reinert nicht seinen Eindruck verfehlt. Er wurde ordentlich bloß. (Widerbruch bei den Sozialdemokraten und Seinerle.) Erfreulich ist, daß 10 000 neue etatsmäßige Beamtenstellen geschaffen werden. Ich denke, daß alle bürgerlichen Parteien wie bisher sich der Fragen der Beamtenfrage und der Staatsarbeiterfrage annehmen werden. (Beifall im Zentrum.)

Hr. Reinert (Soz.): Ich habe ausgeführt: Es scheint, daß die ungeliebte Säufung der Unglücksfälle in Seelen der Güterbahnschaffungsbranche nicht nicht, und wenn dies der Fall sein sollte, dann müßten wir behaupten müssen, daß er mit dem Arbeiterleben Schindluder treibe. (Burleske von rechts: Mo! Mo!) Ich habe also, ausgehend von der Säufung der Unglücksfälle, kritisiert, daß die Arbeitszeit verlängert worden ist und daß trotz allen Unglücksfällen nichts getan wird, um die Arbeitszeit zu verkürzen. Die dauernden Ausgaben wurden bemittelt. Darauf wurde die Beratung beschlossen.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr: (Extraordinarium des Eisenbahnbauauschusses; 1. Beratung des Grundlagensatzes.)
Schluß 5 1/2 Uhr.

Zur Geburt eines Thronfolgers in Braunschweig-Lüneburg.

Die heutige Sitzung der Braunschweigischen Landtagsversammlung in Lüneburg gestaltete sich unter dem Eindruck der frohen Nachricht von der Geburt eines Thronerben zu einer Festigung. Der Präsident begrüßte die Versammlung mit folgender Mitteilung:

Meine Herren! Ich habe Ihnen die Mitteilung von einem Schreiben des Herzoglichen Staatsministeriums zu machen, das mir heute morgen zugegangen ist und folgendermaßen lautet:

Auf Befehl Seiner königlichen Hoheit des Herzogs versetzen wir nicht, der Landesversammlung die frohe Kunde zu übermitteln, daß heute früh Ihre königliche Hoheit, die Herzogin Viktoria Luise, von einem Erbinen glücklich entbunden ist. (Beifalliges Bravo aus der Versammlung.)

Diese frohe Kunde, welche in den frühen Morgenstunden das Herzogtum durchdringt und sicherlich jetzt bis in die fernsten Ecken des Herzogtums gebrungen ist, hat auch uns alle mit hoher und aufrichtiger Freude erfüllt. Wir teilen die Freude des hohen Kaiserpaars, wir teilen die freudige Erregung der hohen Regierung, daß heute dem Lande ein Erbin geboren wurde, und daß demnach nach menschlicher Voraussicht das weitere Wohlbefinden des alten Herrscherhauses gesichert ist. Möge dieser

Junge Groß vom alten Welfenstamme in kräftiger Gesundheit heranwachsenden zur Freude seiner Höheren Eltern und zum Segen des Landes, über das zu herrschen er demalst berufen sein wird. (Lebhaft Zustimmung.) Ich erbitte mir die Zustimmung der geehrten Versammlung, daß das Präsidium Seiner Königlichen Hoheit dem Herzog und den Erlauchten Großherzögen, Seiner Majestät dem Kaiser und Seiner Königlichen Hoheit dem Herzog von Cumberland und zu Braunschweig und Lüneburg, die Glückwünsche der Versammlung ausspricht. (Zustimmung.) Ich stelle fest, daß Sie diese Zustimmung hiermit erteilt haben.

Ich will Ihnen mir ja nun in die Tagesordnung einzutreten haben. (Wiederholung.) Aber ich kann es sehr wohl verstehen, daß Sie unter dem ersten Eindruck dieser freudigen Kunde nicht allen geneigt sind, über die Auslagen des Staatshaushaltes zu beraten. Ich bin daher bereit, in Uebereinstimmung mit der Verammlung die heutige Sitzung ausfallen zu lassen. (Lebhaft Zustimmung.)

Wir können nicht auseinandergehen, ohne daß wir den freudigen Gesängen und Empfindungen, welche uns alle bewegen, Ausdruck geben in einem Hoch auf das Götternpaar und den jungen Welfenproß. Darum bitte ich Sie: Stimmen Sie mit mir ein in den Ruf: Seine Königliche Hoheit der Herzog und Ihre Königliche Hoheit die Frau Herzogin und der Erbprinz leben hoch! Die Versammlung stimmte begeistert in das Hoch ein.

Hierauf wurde die heutige Sitzung geschlossen.

Die Glückwünsche.

Anläßlich der Geburt eines Thronfolgers in Braunschweig hat der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Graf v. Schwerdtlön-Röhmig an den Kaiser, die Kaiserin und das Braunschweigische Herzogs- und Grottenpaar Glückwünsche geschrieben. Die Nachricht an den Kaiser hat folgenden Wortlaut:

„Euer Kaiserliche und Königliche Majestät beehre ich mich im Auftrage des Hauses der Abgeordneten die innigsten Glück- und Segenswünsche zur Geburt eines Prinzen-Enkels im Hause Seiner Königlichen Hoheit des Herzogs von Braunschweig und Lüneburg alleruntertänigst zu sagen zu legen. Das Haus hat die Nachricht von diesem glückseligen, hochbedeutenden Ereignisse mit freudiger Theilnahme entgegenkommen.“

Die Nachricht an die Kaiserin lautet: „Euer Kaiserliche und Königliche Majestät beehre ich mich im Auftrage des Hauses der Abgeordneten die innigsten Glück- und Segenswünsche zur Geburt eines Prinzen-Enkels alleruntertänigst zu sagen.“

Das Telegramm an den Herzog von Braunschweig lautet: „Euer Königliche Hoheit bringe ich im Auftrage des Braunschweigischen Abgeordnetenhauses die innigsten Glück- und Segenswünsche zur Geburt des ersten Sohnes dar.“

Aus Anlaß der Geburt des Erbprinzen in Braunschweig hat der Präsident des Herrenhauses Erzengel v. Wedel Seiner Majestät dem Kaiser und Ihrer Majestät der Kaiserin, sowie dem Herzog von Braunschweig die Glückwünsche des Herrenhauses telegraphisch übermittelt.

Wir verzeichnen noch folgende Telegramme:

Braunschweig, 18. März.
Während der heutigen Guldjagd der Flieger trat der Herzog auf dem Balkon des Schlosses. Ein überaus zahlreiches Publikum begrüßte den Herzog mit stürmischen Zurufen. Die Menge sang patriotische Lieder und brachte Hoch- und Hurrarufe auf den Herzog aus. Die Mannschaften der hiesigen Garnison lief heute dienstfrei.

Giessen, 18. März.
Der Herzog von Braunschweig landete an dem Bürgermeißer folgende Depesche:

„Ich teile Ihnen hocherfreut die Geburt eines Sohnes mit. Mutter und Kind befinden sich wohl.“

Der Bürgermeißer erwiderte sofort die herzlichsten Glückwünsche Gmundens an den Herzog und die Herzogin von Braunschweig.

Berlin, 18. März.
Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt zu der Geburt eines Erbprinzen von Braunschweig u. a.:

Die feierliche Stimmung findet weithin Anklang und Widerhall, vorab in der Hauptstadt Preußens und des Reiches. Hier gelten die Glückwünsche der gesamten Bevölkerung als ein Festtag. In Mainz aus Anlaß der Geburt des ersten Enkels ließen die Herzogin Prinzessin und Seine Erlauchten Gemahlin, im Geiste nicht minder einer schönen und gesegneten Zukunft des Neugeborenen.

Wien, 18. März.
Das „Freundenblatt“ meldet: Der Herzog von Cumberland erschien heute vormittag beim Kaiser Franz Joseph in Audienz, um ihm die Geburt eines Enkels in Braunschweig mitzuteilen.

Deutsches Reich.

Der Etat der Anschließungscommission.

In der Debatte über den Etat der Anschließungscommission und der Anschließungsdenkschrift in der Budgetcommission des Abgeordnetenhauses wurde von gegnerischer Seite betont, daß die Polenpolitik veriaht habe. Es seien 99 000 Gektar mehr in polnische Hände übergegangen. Die deutsche Bevölkerung in den Städten sei zurückgegangen und das Ansehen Preußens im Auslande gemindert worden. Demgegenüber wurde herorgehoben, daß die Anschließungspolitik nicht die Zurückdrängung des Polentums bedeute, sondern denselben Charakter habe, auch hinsichtlich der Städtepolitik. Dies müßte in den Vordergrund treten. Die Anschließung bei den Städten dürfe nicht auf die Arbeiter beschränkt werden und die Anschließungscommission dürfe sich nicht auf die ländliche Anschließung beschränken. Im weiteren Verlaufe erklärte der Landwirtschaftsminister, ein großer Teil der Anschließung bedürfe in den ersten Jahren der Anleitung und Hilfe; es sei deshalb nicht zu mißbilligen, wenn die Anschließungscommission sich der Mitwirkung des Genossenschaftsverbandes bediene, um den Einfluß von Düngemitteln und Futtermitteln und den Verkauf von Getreide zu vermitteln. Im übrigen hätten die Anschließung freie Hand. Des weiteren erklärte der Minister, er würde darauf Bedacht nehmen, dem Rückgang des Deutschtums in den Städten entgegenzuwirken, insbesondere auch auf dem Gebiete des Realcredits. Die Anschließungscommission müsse mehr als bisher mit den Anschließungsvereinigungen in Verbindung gebracht werden, erforderlichenfalls auch durch Zutammenrückung zu einem Genossenschaftsverbande.

Die Budgetcommission des Reichstags.

trat gestern in die Beratung der Besoldungsvorlage ein und nahm zunächst die nicht angeordneten ersten 14 Positionen des § 1 der Besoldungsvorlage an. Der erste Teil des Kompromißantrages, der die Gehälter der gehobenen Unterbeamten auf 1500 Mark Anfangsgehalt bis 2200 Mark Endgehalt erhöht, wurde einstimmig angenommen, obwohl Staatssekretär Kühn erklärt hatte, daß die Forderung drei Millionen laufende Mehrlöhner verursachen würde, wofür er keine Deckung fenne. Ebenfalls einstimmig angenommen wurde gemäß dem Kompromißantrag die Erhöhung der Herbergsrenten, ferner die Verhöhung der Bibliotheksekretären aus der Tarifklasse 4 in die Tarifklasse 5 des Wohnungsgeldbeschlusses. Dann verlasste sich die Kommission auf Donnerstag.

Zum Vizepräsidenten der Oberrechnungskammer.

ist an Stelle des am 1. April d. Js. in den Abschied tretenden Wirklichen Geheimen Rats von Magdeburg der Unterstaatssekretär Holt im Ministerium des Innern ernannt worden. Der Regierungspräsident Dr. jur. Dreyß in Kassel ist zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern und der vortragende Rat in diesem Ministerium, Geheimrath Ober-Regierungsrat Freiberger v. Jedlitz und Neudorf zum Präsidenten der Regierung in Kassel ernannt worden. Zum Vizepräsidenten des Oberverwaltungsgerichts ist der vortragende Rat im Ministerium des Innern Wirklicher Geheimrath Ober-Regierungsrat Dr. jur. von Herrmann ernannt worden.

v. der Golt gegen die „Kirchenräuber von Hinte und Säbel“.

Generalstabsoberstleutnant v. der Golt wohnte am Sonntag in Düsseldorf einer Jungdeutschlandfeier bei. Bei der Gelegenheit hielt er an die Führer und Mitglieder der Abteilungen eine Ansprache, in der er nach einem Bericht der „Abend-Zeitung“ folgende Gedanken an den Hinte und Säbel“ sehr verurteilte. „Es würde mich nicht für die Jungens. Es käme ihnen darauf an, die Jungens zu regelrechten Körperbewegungen anzubahnen, wie sie heute in der Deutschen Turnerschaft und den deutschen Sportverbänden vorbildlich gepflegt werden. Ein gesunder und williger Körper werde dann auch den Geist, der in dem Sinnprinzip „Alle für einen und einer für alle“ sein schönstes Kennzeichen habe.“

Meinere politische Nachrichten.

„Zum Besuche des Kaisers in Wien. Die Korrespondenz „Wohelm“ meldet: Der deutsche Kaiser wird bei seiner Ankunft am 23. d. Mts. um 11 Uhr vormittags am Bahnhof der Kaiserin Elisabeth in Wien begrüßt werden. Am Bahnhof werden die Erzherzöge und die Spitzen der Behörden erscheinen. Im Schönbrunner Schloß werden die Erzherzoginnen den deutschen Kaiser begrüßen. Um 1 Uhr 30 Minuten wird im Schloß ein Dejeuner d'adieu stattfinden, an das sich ein Concert anschließt. Um 5 Uhr 40 Minuten nachmittags erfolgt die Weiterreise des deutschen Kaisers zum Tegernseer Bahnhof.

Der Vertreter der Deutschen Levante-Linie in Kanakala trat aufgefunden. Von Schiffer der Vertreter der Deutschen Levante-Linie in Kanakala, wurde bei Kanakala auf Holger in der Kajüte eines an den Strand getriebenen Motorbootes tot, wie es heißt, erstickt aufgefunden und eben so das Boot fahrende Mechaniker. Das Motorboot war von dem Dampfer der Deutschen Levante-Linie Parnassos auf der Fahrt nach Kanakala an. Wie es gemeldet worden war, ausgehört worden. Eine Untersuchung ist von den griechischen Behörden eingeleitet worden.

„In einer kleinen Anfrage“ erwidert der Abgeordnete Hoff (Heinrich, Walsen) den Reichstagsredner am Ausfahrt darüber, warum die Versicherungsanstalt für die Marine nicht angenommen werden, auch wenn sie förderlich und ihrer Vorbildung nach den gestellten Anforderungen genügen.

Ausland.

Die französische Presse über die letzte bedeutende Kammerifikation.

Die gesamte französische Presse hebt die Tragweite der Kammerifikation an und ist insbesondere des abschließlichen über die richterlichen Befugnisse des Rodette-Ausschusses hervor.

Das konservative „Echo de Paris“ meint: nichts könne die sorglose Haltung der Kammer besser kennzeichnen, als daß sie Jaurès diskreditatorische Gewalt erteilte. Rodette würde als Odman des Rodette-Ausschusses der oberste Richter der Republik sein. Er werde berühren, verurteilen, die einflussreichsten Posten mit den bescheidensten einprägen lassen können. Von allen Scandalen, welche das Ende dieser Tagung gebracht habe, sei dieser vielleicht nicht der kleinste, aber der Genat müßte das Votum der Kammer genehmigen, es erhebe sich Protest, ob er es tun werde.

Der radikale „Poppel“ schreibt:

„Diese Sitzung, in der sich die in Auflösung begriffene Opposition mit intransigenten Verleumdungen, mit Klatsch und schändlichen Lügen beschäftigte, war ekelhaft. Unter dem roten Talar der Richter saßen sich plötzlich die brandigen Stellen. Die Schwärze mahlte sich in das Gesicht, feigen bei dem Gedanken, daß fremde Verleumdungen entsetzt und spöttisch diesen Genen beizumessen.“

Der „Gaulois“ schreibt:

Paris wird Calmette ein großartiges Leidenbegrüßung bezeichnen. Warum nicht bei der Erinnerung an das Begräbnis des glücklichen Rodette mit seinen fünfzigtausend Journalisten Viktor Louis auf? In 100 000 Menschen geben seinem Geiste, das Gesicht. Jener Tag war die Generalprobe des 4. September, was das Kaiserreich sei.“

Zum Besuche des englischen und dänischen Königs in Paris.

Die französische Regierung hat in der Kammer einen Kredit in Höhe von 421 000 Francs zur Deckung der Kosten des bevorstehenden Besuchs des Königs von England und des Königs von Dänemark nachgeschickt.

Die Frote hat den Vertrag mit der englischen Marine hinsichtlich der Kriegsmarine zu einem vierjährigen Platte obliegt, für ein Jahr, und zwar bis zum Jahr 1915, verlängert.

Konkurrenz der Industriemittel. Der Senat in Kapstadt hat in dritter Lesung die Industriemittel mit 26 gegen 9 Stimmen angenommen. Die Bill wird heute dem Gouverneur zur Unterzeichnung vorgelegt werden.

Demischiertes.

Weiteres Steigen des Rheins.

Der Rhein ist von vorgestern früh bis gestern vormittag weiter gestiegen. Der Pegel zeigt vormittags 10 Uhr 4,72 m, also rund 5 m über Normal. Das Wasser steigt nach. Die Schwierigkeiten für den Umschlagverkehr werden immer größer, da die Schiffahrt fast ganz eingestellt ist, die Eisenbahngleise der Hofbahn teils unter Wasser stehen und die noch tätigen Rippen nur unter großen Schwierigkeiten zu arbeiten vermögen. Inzwischen müssen Feuerschiffe eingesetzt, da die gefährdete Schiffe im Umschlagverkehr nicht verladen werden kann. Die Rheine, die selbst hoch angeschwollen ist, läuft fast an der Wandlung und überflutet kilometerlang das Gelände an den Ufern. Das Hochwasser des Rheins hat bei Basel sehr bedeutenden Schaden verursacht. Am Soreen haben sämtliche Zäuberhäuser bis zum Dach unter Wasser. Einige sind bereits fortgeschwemmt worden. In der Dorfstraße reichen die Flüden bis dicht unter die Fenster der Wohnhäuser. Der Rhein bildet im Bereich mit der hochgeschwollenen Rippe einen meilenweiten See. Weitere Wohnhäuser sind durch das Wasser vom Lande abgeschnitten.

Auch die Weser steigt.

Infolge der abermaligen starken Niederschläge der letzten Tage ist die Weser, wie aus Bremen gemeldet wird, erneut stark im Steigen begriffen. Die Deichpromenade und die Deichvorläufer sind weithin überflutet, so daß ein Hochwasserstand eingetreten ist, wie er lange nicht zu beobachten war. Die Oberweserflut, die schon in letzter Zeit hart unter dem Hochwasser zu liegen hatte, wurde heute wieder eingestaut, da die Anzahl Weiden von Schiffs nicht mehr so pfeffern sind, das Hochwasser wegen der ausgebreiteten Ueberflutungen nicht mehr so flühen und die Strömung nun zu großer Stärke ist. Infolge der Aller-Schiffahrt wird voraussichtlich eingestellt werden müssen.

Ein neuer Sonnenfleck. Die Astronomen in Toronto haben einen neuen Sonnenfleck entdeckt, dessen Durchmesser 10 000 Meilen betragen soll.

Die Königin des Sachsenwaldes wurden gestern vormittag 75 Mann der Besatzung entslassen, weil sie sich weigerten, die Hüftbierschiffahrt zu verfahren.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Zulassung des Feuertennens im Großherzogtum Sachsen-Weimar.

Trotzdem der Bundesrat über den Antrag des Reichstages auf Aufhebung des Feuertennens noch keine endgültige Entscheidung getroffen hat, wachen sich in einzelnen Teilen des Großherzogtums Sachsen-Weimar schon lebhafte Strömungen für und gegen die Zulassung des Feuertennens im Feuertennens bemerkbar. So hat jetzt bei antiluftmontane Reichsverband mit seiner Ortsgruppe Eichenach den Antrag beim tagenden Landtag eingebracht, scheinigentlich geteilte Bestimmungen gegen die Zulassung zu erlassen. Der Antrag findet sich besonders auf das Bundesgesetz vom 7. October 1893 und darf hierbei die Frage auf, ob es nützlich, nötig und im Interesse der Allgemeinheit geboten erscheint, dem Feuertennens mit einer Bevölkerung von 95 Prozent Evangelischen und 4½ Prozent Katholiken Eingang zu verschaffen oder nicht.

Der vollendete Wartburgsaalbau.

Jeder, der die herrliche Wartburg in früheren Jahren besucht hat und in den ehrwürdigen Räumen weisliche Stunden verlebte, wird gern auch an die liebe, alte Wartburgsaalbau denken. Entstanden sind im Jahre 1800 und 1801, war sie in ihrem ehemaligen Zustand eine glänzende Schöpfung. Trotz der veränderlichen Umstände aber die sie zu dem heutigen erblichen Gebäudes im Laufe der Zeit anstandslos, genügte die Räume nicht mehr dem wachsenden Verkehr und den modernen Anforderungen. So mußten sie nach dem Entschlusse des Großherzogs Wilhelm Ernst vor nunmehr 1½ Jahren fallen. Der stilvolle Neubau, der auch den Plänen des Professors Boho Schardt an Stelle des alten Baues mit einer Bauhöhe von über einer Million Mark erbaute wurde, ist nunmehr vollendet und harrt in wenigen Tagen seiner feierlichen Weibung.

Neue Polizeiverordnung.

So hat der Reichstagspräsident den Reichstagspräsidenten für die in der Nacht begebenen Gestirne und Schmittschiffahrt auf 1 Uhr nachts fest. Keine mit Schmittschiffahrt bedienung müssen um 11 Uhr abends geschlossen werden. Das von Hochwasser im Oberber-Neuver eingeschlossene Weidbach hat auf den zu dessen Schutz vor langer Zeit firsittlich errichteten Böden und Bergen Zustände gefunden. 30 Hektar, aber auch Gärten, Dörfer und Dörfer sind dort bedroht worden, ein Rest ist in den Fluten ungelungen, die anderen sind außer Gefahr, da ihnen im schlimmsten Falle durch die Fortentwicklung Hilfe gebracht wird. Das Hochwasser hält für längere länger an, als man dachte. Die Folge ist, daß das Staunwasser bisseits des Weidbachs von Tag zu Tag höher steigt und Wärdern, Weiden, Obstplantagen und Materie überflutet. Erfahrungsmaß tritt das Staunwasser sehr langsam zurück.

Kongresse und Ausstellungen.

— **Kaufmannsversammlung des Deutschen Handelsbundes.** Der Deutsche Handelsbund, die amtliche Vertretung des deutschen Handels, den sämtliche deutschen Handelskammern, die Korporation der Kaufleute der Kaufmannschaft zu Berlin und verschiedene andere kaufmännischen Vereinigungen und Korporationen angegliedert sind, ist am Dienstag in Berlin im „Kongress-Saal“ zu seiner 37. Kollaboration im Zusammengetreten. Auf der Tagesordnung steht außer dem Geschäftsbericht für die Zeit seit der letzten Vollversammlung am 19. und 20. Februar v. Js. zunächst die Reform des ge-



Der Doob Konsequent täglich anmendet, ist nach unserer heutigen Kenntnissen die denkbar beste Zahnmundpflege aus.

4654

Werbliden Redaktionsbes. Heber den Entwurf eines Patentgesetzes wird bei diesem Thema...

Lezte Telegramme. Braunschweig, 19. März. Die Hauptfragen der Stadt...

Table with market prices for various goods like flour, oil, and sugar. Columns include item names and prices.

Kunst und Wissenschaft.

Manuskript von Peter Donahue. Der junge, frische Mann ist hier Donahue, der sich...

Ein lehrreiche Abhandlung über das Deutsche Museum in München und seine unzeitige Sprache...

Amunobens neue Nordpolfahrt. Christiania, 19. März. Amunobens, der von Berlin nach...

W. Gumburg, 18. März. Spiritus, roter Kartoffel in Markt...

Zur Errichtung der Beobachtungsstelle in Oberhof. Nachdem die Zentralstelle für Meteorologie...

Berliner Rindfleischfabrik. Das Geschäft am Getreidemarkt war sehr still, doch war die...

W. Gumburg, 18. März. Spiritus schwarz, März 42.50, April 43.25...

Börsen- und Handelsteil.

Die Schiffahrtskonferenz in Berlin. Wie wir von gütiger Hand erfahren hat die Schiffahrtskonferenz...

W. Gumburg, 18. März. Spiritus weiß, März 42.50, April 43.25...

Produkten- und Warenmärkte.

Berliner Frühmarkt. (Mittl. Notierungen.) Berlin, 18. März. Weizen (Normalgew. 755 g)...

Tiere und tierische Produkte.

W. Gumburg, 18. März. Städtisches Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht der Direktion...

Aus Halle und Umgebung.

Die Märznummer der Zeitschrift des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins ist erschienen.

Neueste Handels-Depeschen.

W. Gumburg, 18. März. Roter Winter-Weizen 105/-, per Dgbrt...

Wasserstände von Saale und Unstrut.

Stranitzsch, 17. März + 3.50, 18. März + 3.50, Großdissel + 2.82...

Verantwortlich: für Politisch: Reichsanwalt Dr. Gumburg; für Deutsches Reich: Ausland...

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S., Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

